

IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig. Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

Juni 2006



Mister Euro, das Biest und kleine Zinsschritte

„Vorsicht, das Biest schläft nur!“ Erfahrene Notenbankchefs wissen, warum sie gelegentlich zu drastisch anmutenden Sprachbildern greifen. Die Geldpolitik kann sich in der Tat nie darauf verlassen, der Inflation endgültig den Garaus gemacht zu haben. Um dem „Biest“ keinen Auslauf zu geben, aus dem es nicht mehr zurückzuholen ist, hat die Europäische Zentralbank jetzt zum dritten Mal in Folge den Leitzins angehoben. Das ist möglicherweise noch nicht das Ende einer Serie so genannter „Zinsschritte“ gewesen. Geld wird teurer werden. Aber es führt kein Weg daran vorbei: Wertvolles Geld kann nicht billig sein. Jedenfalls nicht billiger, als es die Knappheit von Ersparnissen zulässt.

Es schwimmt viel Liquidität in der Welt herum. Davon haben Aufschwungbewegungen profitiert, und das nicht nur an den Aktienmärkten. Jetzt aber gilt es, dem Wirtschaftskreislauf der Welt jene Liquidität zu entziehen, die nicht das Investieren erleichtert, sondern die Stabilität des Geldwertes bedroht. Die Europäer haben dabei keine besondere Eile an den Tag gelegt. Die Amerikaner haben durch Zinserhöhungen schon früher mit dem Einsammeln von Geld angefangen. Es wäre auch unklug, auf eine „Politik des leichten Geldes“ zu setzen. Überall auf der Welt hat man die Erfahrung gemacht, dass mit bewusst billig gehaltenem Geld vielleicht kleine Strohfeuer zu entzünden, aber keine verlässlichen Investitions- und Wachstumsprozesse in Gang zu setzen sind. Die Rückschläge geldgetriebener Wachstumsversuche kosten auch in Beschäftigtenzahlen und in Beschäftigungschancen mehr, als sie einbringen.

Insofern ist es gut zu hören, dass Jean-Claude Trichet, der Präsident der Europäischen Notenbank, sich demonstrativ zum „Mr. Euro“ ernannt hat. In die Kabinette und Parlamente Europas will er damit rufen: „Der Euro darf nicht zum politischen Spielgeld werden!“ Recht hat er.

Hans D. Barbier

Arbeitslosengeld II

Die Bundesregierung rechnet damit, dass 2006 für das Arbeitslosengeld (ALG) II bis zu vier Milliarden € mehr aufgewendet werden müssen, als geplant. Im vergangenen Jahr wurde dieser Etatposten sogar um zwölf Milliarden € überzogen. Der neuerliche Kostenanstieg resultiert aus der steigenden Zahl von „Bedarfsgemeinschaften“, zu denen neben den Arbeitslosen ihre Ehegatten, Lebenspartner oder Verwandten gehören. Die Bundesagentur für Arbeit zählte im Mai 3,96 Millionen Bedarfsgemeinschaften; bei Einführung des ALG II im Januar 2005 war man von rund 2,6 Millionen ausgegangen.

Die Zahl der ALG-II-Empfänger beträgt derzeit rund 5,2 Millionen: Neben den gut 2,9 Millionen arbeitslos gemeldeten Personen gibt es 2,3 Millionen so genannte „er-

werbsfähige Hilfsbedürftige“, die keine Arbeit suchen, weil sie einen Ein-Euro-Job haben, in Ausbildung sind oder Kleinkinder betreuen.

www.pub.arbeitsamt.de/hst/services/statistik/detail/index.html

Sozialversicherungen

Ende Mai hat das Statistische Bundesamt eine „Bilanz 2005“ für drei Zweige der gesetzlichen Sozialversicherung – Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung – vorgelegt. Das Ergebnis: Zwischen Einnahmen und Ausgaben klafft eine große Lücke. Die drei Versicherungszweige häuften ein Defizit von 3,3 Milliarden € an. Im Jahr 2004 konnte noch ein Überschuss in Höhe von 2,1 Milliarden € gemeldet werden.

■ Die gesetzliche Krankenversicherung schloss mit 1,5 Milliarden € als einziger Zweig der gesetzlichen Sozialversicherung mit einem Überschuss ab. Im Vergleich zum Vorjahr fiel er jedoch erheblich niedriger aus: 2004 konnte ein Plus von vier Milliarden € verbucht werden.

■ Die gesetzliche Rentenversicherung der Arbeiter und Angestellten weitete ihr ohnehin bestehendes Defizit weiter aus: Nach 1,4 Milliarden € im Jahr 2004 stieg es auf 4,3 Milliarden € zum Jahresende 2005.

■ Auch die gesetzliche Pflegeversicherung beendete das Jahr 2005 mit einem Minus.

Bedarfsgemeinschaften

2005	
Januar	2 994 077
März	3 336 004
Mai	3 473 598
Juli	3 562 741
September	3 662 985
November	3 704 538
2006	
Januar	3 788 992
Februar	3 851 758
März	3 918 661
April	3 917 501
Mai	3 960 221

Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Immerhin verringerte sie zumindest ihr Defizit. Im Vergleich zu 2004 sank es um 460 Millionen €, so dass die Pflegeversicherung am Jahresende mit rund 360 Millionen € in den roten Zahlen stand.

Als Ursache für den desolaten Zustand nennen die Experten vor allem die hohe Arbeitslosigkeit und die schwache Entwicklung der Löhne. Eine Besserung für 2006 ist unwahrscheinlich: Die gesetzlichen Krankenkassen weisen schon für das erste Quartal einen Fehlbetrag von 1,2 Milliarden € aus.

www.destatis.de/presse/deutsch/pm2006/chron05.htm

Reichensteuer

Laut „Entwurf eines Steueränderungsgesetzes 2007“ (Bundesministerium der Finanzen, Pressemitteilung Nr. 62/2006) wird im nächsten Jahr eine „Reichensteuer“ erhoben. Bei einem Jahreseinkommen von mehr als 250 000 € für ledige „Topverdiener“ (Verheiratete: mehr als 500 000 €) soll der Spitzensteuersatz von 42 auf 45 Prozent steigen. Wegen verfassungsrechtlicher Bedenken sind die Gewinneinkünfte von Personenunternehmen – Selbständige und Freiberufler eingeschlossen – von der neuen Steuer vorerst ausgenommen. Voraussichtlich werden mit der „Reichensteuer“ rund 127 Millionen € eingenommen. Dieses Aufkommen müssen sich Bund, Bundesländer und Kommunen teilen. Für den Bundeshaushalt werden lediglich rund 60 Millionen € verfügbar bleiben.

www.bundesfinanzministerium.de

Leben in der Warteschleife

Zeitungen, Zeitschriften und Internet-Portale enthalten zahlreiche Stellenanzeigen. Bei genauerem Hinschauen zeigt sich, dass Arbeitsangebote für Berufseinsteiger fehlen. Allerdings werden viele Praktika offeriert.

2005 richteten sich lediglich 0,8 Prozent der Stellenanzeigen an Berufsanfänger; im Jahr 2000 betrug der Anteil noch 3,7 Prozent. Zudem hat sich der Anteil befristet Beschäftigter im Alter von 15 bis 29 Jahren – ohne Auszubildende, Wehr- und Zivildienstleistende – innerhalb von zehn Jahren von elf Prozent auf 20 Prozent fast verdoppelt.

Auch der Übergang vom Studium ins Berufsleben verläuft immer seltener reibungslos. Viele Hochschulabgänger versuchen daher, die Zeit bis zu einer Festanstellung mit Praktika zu überbrücken. In den Augen vieler Absolventen ist ein Praktikum sinnvoller, als tatenlos auf eine Festanstellung zu warten. Viele glauben sogar: Je mehr Praktika durchlaufen werden, desto besser. Eine – nicht repräsentative – Umfrage des DGB stützt diese Einschätzung: Knapp die Hälfte der befragten Absolventen gab an, dass sie nach dem erfolgreich abgeschlossenen Studium zwei oder mehr Prakti-

ka hinter sich gebracht haben. Problematisch ist, dass mit zunehmender Zahl der Praktika der „Marktwert“ der Bewerber sinkt. Potentielle Arbeitgebern interpretieren es als Unstetigkeit, wenn Bewerber Praktikum um Praktikum absolvieren.

Dauerpraktikum statt Arbeitsplatz

Dauerpraktikanten entwerten dabei nicht nur ihren Lebenslauf, sondern schaden auch Dritten: Weil es den Unternehmen leicht fällt, vollwertige Arbeitsplätze mit Praktikanten zu besetzen, gibt es entsprechend weniger reguläre Vollzeitstellen.

Je mehr Jungakademiker auf den Arbeitsmarkt drängen, desto leichter wird es für Unternehmen, die Absolventen äußerst kostengünstig zu beschäftigen. Für die Absolventen ist die Zeit bis zur Festanstellung eine Zeit der Unsicherheit. In der Wissenschaft existiert für diesen Zeitraum der Begriff „floundering period“ – eine Phase, in der die Betroffenen zap-

peln wie Fludern, um endlich einen Dauerarbeitsplatz zu finden.

Praktikum heißt lernen, nicht arbeiten

Wie viele Praktikanten es in Deutschland gibt, weiß niemand. Bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) werden lediglich sozialversicherungspflichtige Praktika registriert: Erfasst wird nur, wer über Mini-Job-Niveau – 400 € – verdient. Danach besteht die „Generation Praktikum“ aus lediglich 8 000 bis 11 000 Hochschulabgängern pro Jahr. Da viele Praktikanten weniger als 400 € erhalten, dürfte die Gesamtzahl der Betroffenen weitaus höher liegen: Im vergangenen Jahr wurden mehr als 100 000 Akademiker ohne Berufserfahrung als Arbeitssuchende gezählt.

Laut Definition des Bundesarbeitsgerichts vom März 2003 ist Praktikant, wer vorübergehend praktische Kenntnisse sammelt, „weil er diese für die Zulassung zum Studium oder Beruf, zu einer

Abschlüsse an Universitäten und Fachhochschulen (FH)

	Diplom	Promotion	Lehramtsprüfung	FH-Abschluss	Bachelor/Master
1999	99 287	24 545	27 738	70 126	-
2000	94 999	25 780	26 938	66 260	496
2001	91 317	24 796	24 959	65 954	1 097
2002	92 201	23 838	23 503	65 929	3 135
2003	95 170	23 043	22 296	72 250	5 487
2004	97 538	23 138	22 545	76 228	11 491

Stand Ende 2005

Quelle: Statistisches Bundesamt



„Wenn Menschen von der Sorge gequält sind,
was morgen ihr Schicksal sein wird,
kann man nicht von Freiheit sprechen.“

Ludwig Erhard

Prüfung oder anderen Zwecken benötigt“. Praktikanten sollen demnach Erfahrungen für das künftige Berufsleben sammeln.

In der betrieblichen Realität sieht das aber anders aus. Praktikanten erledigen oft eigenständig verantwortungsvolle Aufgaben. Sie sind keine Aushilfen, die am Kopierer arbeiten oder die Kaffeemaschine bedienen. Andererseits ist der Druck, überhaupt unterzukommen, besonders für Berufseinsteiger oft so groß, dass sie bereit sind, fast alles zu tun, was von ihnen verlangt wird. Dass manches Unternehmen diese Situation ausnutzt, ist nicht verwunderlich.

Inzwischen kommt es häufig vor, dass Unternehmen ihre Stellenausschreibungen gezielt an eine vorhergehende Praktikantentätigkeit koppeln. In der Medienbranche, im PR-Bereich und in der Werbebranche ist das schon seit Jahren üblich. Mittlerweile klagen aber auch frisch diplomierte Betriebswirte, Architekten und Juristen, dass sie einen vollwertigen Arbeitsplatz besetzen, aber nur mit einer Praktikantenvergütung bezahlt werden.

Von immer mehr Bewerbern wird erwartet, dass sie ihre Eignung für einen Arbeitsplatz über einen längeren Zeitraum – am besten kostenlos – unter Beweis stellen. Die Praktikanten wiederum bemühen sich, ihr hohes Qualifikationsniveau, ihre zeitliche Flexibilität und ihre räumliche Mobilität nachzuweisen. Sie erhoffen sich, bald in eine dauerhafte Beschäftigung wechseln zu können.

Praktikum statt Probezeit

Generell sind für derlei Tauglichkeitstests im Arbeitsrecht Probezeiten von sechs Monaten vorgesehen. Wenn die vorgesehene Tätigkeit das erfordert, sind bei so genannten „befristeten Probearbeitsverhältnissen“ sogar Probephasen von bis zu einem Jahr möglich. Die Bundesregierung erwägt, ob diese Regelung erweitert und ob Probezeiten von 24 Monaten zugelassen werden sollen.

Die im Arbeitsrecht vorgesehenen Probezeiten haben für die Unternehmen einen großen Nachteil: Während dieser Zeit muss eine „angemessene Vergütung“ gezahlt werden. Praktikanten können dagegen weitaus geringer entlohnt werden – wenn sie überhaupt bezahlt werden. Knapp 60 Prozent der vom DGB Befragten gaben an, dass ihr Einsatz manchmal oder nie vergütet wurde. Selbst wenn sie bezahlt wurden, war die Vergütung oftmals gering: Nur 30 Prozent konnten monatlich mehr als 300 € verdienen.

Arbeitsgerichte haben längst entschieden, dass ein Arbeitsverhältnis nicht nach der Bezeichnung, sondern nach dem Inhalt der Tätigkeit zu bewerten ist: Wer wie eine reguläre Vollzeitkraft arbeitet, hat Anspruch auf angemessene Bezahlung, selbst wenn er nur den Titel „Praktikant“ trägt. Trotzdem akzeptieren viele – insbesondere hochqualifizierte – Absolventen das Praktikantendasein. Sie fürchten, den fachlichen Anschluss zu verlieren oder dass Lücken im Lebenslauf künftige Arbeitgeber abschrecken könnten.

Hilfe und Selbsthilfe für Praktikanten

Die ausufernde Beschäftigung von Praktikanten wird inzwischen als Missstand empfunden. Es haben sich Initiativen gebildet, um das Übel zu beseitigen:

- Rund 300 Unternehmen gehören derzeit der Initiative „Fair Company“ an. Die beteiligten Unternehmen verpflichten sich:
 - keine Vollzeitstellen durch Praktikanten zu ersetzen,
 - Praktikanten nicht als billige Vollzeitkräfte zu beschäftigen,
 - Praktika vornehmlich zur beruflichen Orientierung während der Ausbildungsphase anzubieten und
 - eine adäquate Aufwandsentschädigung zu zahlen.

www.karriere.de/fair-company

- Im Mai 2004 wurde der Verein „Fairwork“ gegründet. Er berät Hochschulabsolventen über Rechte und Pflichten von Praktikanten und bietet ein Forum für den Erfahrungsaustausch.

www.fairwork-verein.de

- Eine europaweit tätige Praktikanten-Vereinigung ist unter www.generation-p.org zu finden.

Praktikanten zwischen Hoffen und Bangen

Das Thema „Generation Praktikum“ weckt zwiespältige Empfindungen. Einerseits wird gut ausgebildeten Absolventen vermittelt, dass sie gebraucht werden. Sie werden mit qualifizierten Projekten betraut, die ihren Hochschulabschlüssen entsprechen. Sie tragen zur Wertschöpfung in den Unternehmen bei.

Auf der anderen Seite ist festzustellen, dass die Praktikanten zwar gesucht sind und für ihren Einsatz gelobt werden, dass sie sich aber nach Ablauf des Praktikums erneut auf Arbeitssuche machen müssen. Mancher resigniert, viele fühlen sich ausgebeutet, wenn sie die Erfüllung des natürlichen Lebensziels – die eigenständige Sicherung ihrer Existenz – immer weiter in die Zukunft verschieben müssen.

Wie gesagt: Es gibt keine verlässlichen Daten über die Zahl der Praktikanten, und damit lässt sich auch nicht ermitteln, in welchem Ausmaß mit ihnen Missbrauch getrieben wird. Beruhigend ist allerdings, dass die prekäre Lage der Praktikanten zunehmend stärker beachtet wird: Unternehmen haben die Initiative „Fair Company“ gegründet. Sie soll sicherstellen, dass Praktikanten nur zu vertretbaren Bedingungen beschäftigt werden. Die Praktikanten selbst haben eigene Interessenvertretungen gegründet. Beim Deutschen Bundestag wurde Anfang April eine Petition über Praktika von Hochschulabsolventen eingereicht. Im Internet gibt es eine beachtenswerte Website zum Informationsaustausch. Die Adresse lautet www.generation-praktikum.de.

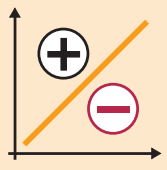


„Es gibt Dinge, die macht man nicht. Wer gut verdient und keine Steuern zahlt, muss nicht auch noch Bafög für die Kinder beantragen. Wir dürfen die Verantwortung für die Gemeinschaft nicht so vor die Hunde gehen lassen. Man muss nicht alles 'rausholen, was geht.“
Kurt Beck, Ministerpräsident des Landes Rheinland-Pfalz

IM KLARTEXT


Junii 2006

INDEX




Die Soziale Marktwirtschaft im Juni 2006

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

Vollbeschäftigung 
Die Bundesanstalt für Arbeit (BA) hat im Mai 4,535 Millionen Arbeitslose gezählt, 255 000 weniger als im April und 349 000 weniger als vor einem Jahr. Das war der stärkste Rückgang in einem Mai seit 1990. Dies fand die BA „überraschend deutlich“.

Von der positiven Entwicklung profitieren derzeit Arbeitslose, die noch nicht lange Arbeit suchen. Das zeigt sich daran, dass vor allem die Arbeitslosigkeit bei den Beziehern von Arbeitslosengeld I abnimmt. Aber auch die Be-

schäftigten profitieren. Wegen der anziehenden Konjunktur werden weniger Menschen entlassen, und wer doch seine Stelle verliert, findet schneller eine neue Arbeit: Im Mai gab es 565 000 gemeldete offene Stellen, 124 000 mehr als 2005.

Geldwertstabilität 
Seit zwei Jahren wird die Inflationsrate durch die massiven Preiserhöhungen für Heizöl, Kraftstoffe und Haushaltsenergie beeinflusst. Im Mai 2006 erhöhten sich die Energiepreise gegenüber dem Vorjahr um 13,7 Prozent. Ohne die gestiegenen Energiekosten läge die Inflationsrate derzeit bei 0,7 Prozent. Nach Schätzung des Statistischen Bundesamtes mussten die privaten Haushalte im vergangenen Jahr 6,8 Milliarden € mehr für Heizöl, Erdgas und Kraftstoffe ausgeben als 2004. Das bedeutet für jeden Privathaushalt eine Mehrbelastung von 176 € pro Jahr.


Ende Mai hat die Bundesregierung beschlossen, bis zum Jahr 2010 in Schritten die Steuersätze für Biokraftstoffe an die Mineralölsätze anzu-

Energieverteilung

	Änderung zum Vorjahr	
	2004	2005
Heizöl	20,5 %	31,9 %
Kraftstoffe	3,1 %	15,4 %
Strom	4,1 %	4,2 %
Gas	6,9 %	19,0 %

Quelle: Statistisches Bundesamt

passen. Sie verteuert dadurch den Preis für diese Energieträger: Die Steuerzahler werden in diesem und im kommenden Jahr zunächst 65 Millionen € mehr für Biokraftstoffe ausgeben müssen.

Eigenverantwortung 
Jeder dritte Deutsche ist sicher, dass die gesetzliche Pflegeversicherung einspringt, wenn es um die Pflege eines nahen Angehörigen geht. Diese Erwartung kann aber schon jetzt kaum erfüllt werden. Beispielsweise müssen Pflegebedürftige der Pflegeklasse I im Durchschnitt mit Pflegekosten von 1 824 € pro Monat rechnen; die Pflegeversicherung gewährt aber nur 1 024 €.

In den kommenden Jahren wird die Zahl der Pflegebedürftigen von derzeit rund zwei Millionen auf voraus-

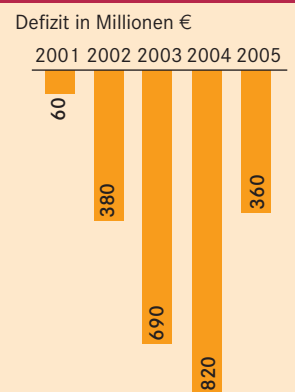
sichtlich drei Millionen ansteigen. Die Leistungen für den einzelnen Pflegefall werden knapper. Für die Differenz zwischen staatlicher Leistung und tatsächlichen Kosten müssen die Bürger selbst aufkommen. Doch obwohl 40 Prozent der rund 38 Millionen erwerbsfähigen Bürger eine private Pflegezusatzversicherung für notwendig halten, hatten im Jahr 2005 erst 870 000 zusätzlich privat vorgesorgt. Insbesondere junge Menschen sowie über 60jährige vertrauen auf die staatliche Pflegekasse.

Arbeitslose



jeweils Mai
Quelle: Bundesagentur für Arbeit

Pflegekasse



Quelle: Bundesministerium für Gesundheit

Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstraße 8 · 53113 Bonn
Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49
Redaktion: Andreas Schirmer · Foto: SPD Parteivorstand
Druck und Herstellung: Druckerei Gerhards GmbH, Bonn-Beuel
erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

Ludwig Erhard